

Dänemark und »die Fremden«

Die *Folketing*-Wahl 2015 vor dem Hintergrund der dänischen Einwanderungsdebatte und des Karikaturenstreits

»Bleibt bloß weg. Flüchtlinge sollen sich überall um Asyl bewerben, aber nicht in Dänemark« – so titelte Ende Juli 2015 die *Süddeutsche Zeitung*. In dem Artikel ging es um eine geplante Informationskampagne der neuen dänischen Integrationsministerin Inger Støjberg, die kurz zuvor angekündigt hatte, in ausländischen Zeitungen über die verschärften Asylbedingungen in Dänemark zu informieren. Die Anzeigen sollten Støjberg zufolge in Ländern geschaltet werden, »in denen Schmuggler aktiv« seien. Für Flüchtlinge, so die Botschaft der Integrationsministerin, lohnt es sich ab sofort nicht mehr, nach Dänemark zu kommen.¹

Die Kampagne startete am 7. September 2015 mit Anzeigen in vier libanesischen Zeitungen, nachdem ausgerechnet am Wochenende zuvor Deutschland und Österreich tausende Flüchtlinge aus Ungarn hatten einreisen lassen, von denen einige hundert versuchten, per Zug via Dänemark weiter nach Schweden zu gelangen.² Viele von ihnen weigerten sich, in Dänemark Asyl zu beantragen; daraufhin stoppten die dänischen Behörden zwischenzeitlich den Zugverkehr aus Deutschland.³ Das verschärfte Vorgehen gegen Flüchtlinge passt zu den politischen Entwicklungen in Dänemark, die bei der Parlamentswahl am 18. Juni 2015 deutlich geworden sind: Stärkste Kraft blieben zwar mit knapp 25 Prozent die Sozialdemokraten, direkt dahinter folgte aber die rechtspopulistische Dänische Volkspartei mit einem Stimmenanteil von mehr als 21 Prozent.⁴ Weil der seit 2011 regierende »rote Block« die notwendige Mehrheit von mindestens 90 Mandaten verfehlte und die Rechtspopulisten eine Regierungsbeteiligung ablehnten, bildete die rechtsliberale *Venstre*-Partei als zweitstärkste Kraft im oppositionellen »blauen Block« eine Minderheitsregierung, die gerade einmal aus 34 der insgesamt 179 Abgeordneten besteht und sich ihre Mehrheiten im Parlament für jedes Vorhaben neu suchen muss.

Mit dem Erfolg der Rechtspopulisten setzte sich in Dänemark, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in einem Kommentar feststellte, ein Trend fort, »der fast pan-

1 Vgl. Bigalke 2015.

2 Vgl. Udlændinge-, Integrations- og Boligministeriet 2015.

3 Vgl. den Artikel in *Spiegel online* vom 10. September 2015: »Flüchtlingskrise: Dänischer Zugverkehr rollt wieder«. www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-zuege-zwischen-daenemark-und-deutschland-fahren-wieder-a-1052209.html (Zugriff vom 10.10.2015).

4 Vgl. Danmarks Statistik 2015.

europäisch zu nennen ist«;⁵ Kurz vorher hatten auch in Finnland und Österreich die rechten Parteien Erfolge gefeiert, in Helsinki besetzen die euro- und einwanderungskritischen »Wahren Finnen« sogar wichtige Regierungsämter. In Dänemark war die Ausländerpolitik schon im nur dreiwöchigen Wahlkampf eines der wichtigsten Themen gewesen, die erste Verschärfung ließ nicht lange auf sich warten: Keine zwei Wochen nach der Parlamentswahl legte Støjberg Anfang Juli in Absprache mit der Dänischen Volkspartei, der Liberalen Allianz und der Konservativen Volkspartei eine Reform des Asylrechts vor, die zum 1. September in Kraft getreten ist. Damit wurde die finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge um etwa die Hälfte gekürzt, sie erhalten künftig eine »Integrationshilfe« von umgerechnet etwa 790 Euro und können für das Bestehen eines mittelschweren Sprachkurses einen Bonus von etwa 200 Euro erwerben. Außerdem dürfen Personen, denen vorübergehend Schutz in Dänemark gewährt wird, im ersten Jahr ihre Familie nicht nachholen. Ziel sind laut Støjberg Einsparungen von jährlich umgerechnet 50 Millionen Euro, vor allem aber – daraus machte die Ministerin keinen Hehl – soll »die Zahl der Asylbewerber deutlich reduziert werden«.⁶ Die Reform, so betonte Støjberg, sei nur die erste von vielen geplanten Verschärfungen.⁷

Auch wenn Dänemark in einer Reihe mit anderen europäischen Ländern steht und die zeitweilig sehr restriktive Einwanderungspolitik in den vergangenen Jahren immer wieder Thema in der deutschen Presse gewesen ist – erinnert sei hier an die Debatte um die einseitige Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Jahr 2010, mit der Dänemark »illegale Flüchtlinge« und »Kriminelle« an der Einreise hindern wollte –, hat die Politikwissenschaft die Entwicklungen im Nachbarland bisher nur wenig beachtet. Tatsächlich ist das aktuelle Wahlergebnis aber die logische Konsequenz und Fortsetzung eines politischen Trends, der in Dänemark seit mindestens 20 Jahren erkennbar ist und der sich außer im guten Abschneiden der Rechtspopulisten auch in einem generell außergewöhnlich scharfen Ton in der Debatte über Einwanderer im Allgemeinen und Muslime im Speziellen manifestierte – besonders spektakulär sichtbar im Streit über die Mohammed-Karikaturen der Zeitung *Jyllands-Posten*, die neben den dänischen Medien auch Politik und Wirtschaft vor genau zehn Jahren monatelang in Atem hielten.⁸ In Dänemark werden Probleme mit (muslimischen) Einwanderern trotz eines im Vergleich etwa zu Schweden oder Deutschland relativ geringen Einwandereranteils von gut zehn Prozent in Politik und Medien derart überhöht, dass die Diskussion fast schon hysterische Züge trägt und an die Sarrazin-Debatte in Deutschland erinnert – mit dem Unterschied, dass diese nach ein paar Monaten wieder abflaute, während sie Dänemark über Jahre lebendig geblieben ist. Eine herausragende Rolle spielen dabei muslimische Einwanderer, die im dänischen Diskurs immer wieder als Bedrohung für die dänische Kultur und damit die Gesellschaft dargestellt werden. Wie viele Menschen muslimi-

5 Frankenberger 2015.

6 Zitiert nach Skærbæk, Buhl Kristensen 2015, Übersetzung J.S.

7 Vgl. ebd.; Udlændinge-, Integrations- og Boligministeriet 2015.

8 Den Konflikt hat die Verfasserin des vorliegenden Aufsatzes in ihrer Dissertation untersucht, auf deren Ergebnissen dieser Beitrag aufbaut; Sinram 2015.

mischen Glaubens in Dänemark leben, lässt sich nicht genau sagen, da die Zugehörigkeit zu Glaubensgemeinschaften aufgrund der in Dänemark geltenden Religionsfreiheit nicht erfasst wird.⁹ Seriöse Schätzungen gehen von etwa 210.000 bis 230.000 praktizierenden Muslimen bei einer Gesamtbevölkerung von gut 5,5 Millionen aus.¹⁰

Die oftmals xenophob anmutende Haltung der Dänen gegenüber Einwanderern, die sich auch im jüngsten Wahlergebnis niederschlägt, wirft die Frage auf, warum Dänemark sich so anders verhält als beispielsweise das benachbarte Schweden, das zumindest bis zu den Krawallen in Vorstädten 2013 als Musterland der Integration galt und – relativ zur Einwohnerzahl – im vergangenen Jahr die meisten Flüchtlinge in Europa aufnahm.¹¹ Ein Erklärungsansatz ist neben der Homogenität der dänischen Gesellschaft, die im Gegensatz zum – trotz der ursprünglich ebenfalls homogenen Bevölkerungsstruktur – in Schweden ausgeprägten Multikulturalismus steht, das historisch gewachsene dänische Selbstbild als kleines Land beziehungsweise *small state*, wie ihn etwa Robert Rothstein beschrieben hat.¹² Dieses Selbstbild findet sich in vielen Schriften und Magazinen wieder. Hier sei auf den Pastor und Philosophen N.F.S. Grundtvig (1783-1872) hingewiesen, der in Dänemark als ebenso bedeutender Denker gilt wie sein etwas jüngerer Zeitgenosse Søren Kierkegaard, international aber deutlich weniger bekannt ist. Grundtvig hatte mit seiner Fähigkeit der Reflexion der allgemeinen Stimmungslage nicht nur einen überragenden Einfluss auf die evangelisch-lutherische Kirche Dänemarks, sondern spielte als »Vater der Volkshochschule« auch eine enorme Rolle für die Bildung der Bevölkerung. Sein Konzept der *folkelighed*, zu Deutsch etwa *Volklichkeit*, das er als Gesellschaftsideal formulierte, ist den Dänen bis heute erhalten geblieben. Grundtvig verstand darunter eine dänische Nationalidentität beziehungsweise ein Gemeinschaftsgefühl der dänischen Bevölkerung, das auf die gemeinsame Geschichte, gemeinsame Normen und die gemeinsame Muttersprache gründete und sich letztlich in einer klassenlosen, solidarischen und damit egalitären Gesellschaftsordnung widerspiegeln sollte, wie etwa in seinem Gedicht »Folkeligheden« von 1848 deutlich wird.¹³

In diesem Sinne ist die dänische Nation ein gutes Beispiel für eine vorgestellte Gemeinschaft im Sinne Benedict Andersons.¹⁴ Gerade in den vergangenen Jahren funktionierte die Konstruktion dieses Gemeinschaftsbilds zunehmend über die Abgrenzung von den Zugewanderten, wobei hierfür weniger die Rasse beziehungsweise Ethnizität eine Rolle spielte als vielmehr die eigene, als fortschrittlich empfundene Kultur. Dies entspricht der zunehmenden Bedeutung des Kulturbegriffs für die politische Vergemeinschaftung, die Theodor Adorno bereits in den 1950er

9 Vgl. Jacobsen 2012, S. 31.

10 Vgl. ebd., S. 45 ff.; Udenrigsministeriet 2006.

11 Vgl. Reimann 2015.

12 Vgl. Rothstein 1968, S. 11-45; Østergaard 2000, S. 139 f.

13 Grundtvig 1848, Originaltext und Übersetzung in Bugge et al. 2010, S. 567. Vgl. ebd.; Lundgreen-Nielsen 1992; Østergaard 1991.

14 Vgl. Anderson 1996.

Jahren im Rahmen des Gruppenexperiments des Frankfurter Instituts für Sozialforschung beobachtet hat.¹⁵ In Dänemark trug schließlich auch das von Gøsta Esping-Andersen beschriebene universelle Wohlfahrtsstaatssystem zum Gemeinschaftsgefühl bei.¹⁶

Um den Erfolg der Rechtspopulisten und die Verschärfungen in der Asylpolitik verständlicher zu machen und sie erklären zu können, werden hier die aktuellen politischen Ereignisse in Dänemark vor dem Hintergrund der Entwicklungen der letzten Jahre beleuchtet. Dabei geht es um die Dänische Volkspartei und die Reaktion der übrigen Parteien auf die Erfolge der Rechtspopulisten sowie um frühere Verschärfungen in der Einwanderungspolitik. Das Beispiel der politischen Reaktionen auf den Karikaturenstreit im Jahr 2005 macht deutlich, wie sehr die dänische Politik von der Dichotomie eines »Wir« gegen »Die« geprägt ist und wie wenig die Eigen- und Fremdwahrnehmung als kleines, friedliches und (vermeintlich) tolerantes Volk noch mit der Realität gemein hat.

1. Die Dänische Volkspartei

Entscheidend beeinflusst wurden die zunehmenden Abschottungstendenzen vom Auftreten der Dänischen Volkspartei. Sie wurde 1995 von einigen Abgeordneten der steuerkritischen Fortschrittspartei gegründet, die sich unter Führung der Politikerin Pia Kjærsgaard von ihrer Partei lossagten. Hintergrund für die Spaltung waren interne Machtkämpfe zwischen den Pragmatikern um Kjærsgaard, die mit anderen Parteien zusammenarbeiten wollten, und den Fundamentalisten, die dies ablehnten. Während für die Fortschrittspartei als Anti-Steuer-Partei die Ablehnung der Einwanderung nur ein Nebenthema darstellte – so forderte etwa ihr Gründer Mogens Glistrup, der später wegen Steuerhinterziehung verurteilt und aus der Partei ausgeschlossen wurde, Dänemark müsse eine »mohammedanerfreie Zone« werden –, profilierte sich die Dänische Volkspartei von Beginn an hauptsächlich als einwanderungs- und europakritische Kraft.¹⁷ Bereits bei den Kommunalwahlen 1997 erhielt sie 6,8 Prozent der Stimmen, bei ihrer ersten *Folketing*-Wahl 1998 schnitt sie mit mehr als sieben Prozent sogar noch besser ab.¹⁸ Seit der Wahl 2001 etablierte sie sich mit jeweils mehr als 13 Prozent rund zehn Jahre lang als drittstärkste politische Kraft, bis sie bei der Europawahl im vergangenen Jahr mehr als 26 Prozent erzielen konnte.

Thomas Schubert klassifiziert die Dänische Volkspartei aufgrund ihres ideologischen Kerns als »weiche rechtsextremistische Partei«.¹⁹ Charakteristisch sei eine ethnisch-nationalistische Fremdenfeindlichkeit, verbunden mit einem ausgeprägten Wohlfahrtschauvinismus und einem Anti-Establishment-Populismus. »Ihr Ethno-

15 Vgl. Adorno 1975, S. 276 f.

16 Vgl. Esping-Andersen 1990; Dingeldey 2011.

17 Vgl. Givens 2005, S. 139.

18 Vgl. ebd.; Trads 2002, S. 28.

19 Schubert 2011, S. 73.

pluralismus, der die kulturelle Vielfalt der Völker bei ethnischer Homogenität betont, hat einen ›hierarchischen Charakterzug‹, der Fremde als kulturell (nicht rassistisch!) minderwertig erachtet«,²⁰ so Schubert. Deutlich wird diese Haltung bereits in der Programmatik der Dänischen Volkspartei, die etwa in ihrem Arbeitsprogramm betont, der Fortbestand Dänemarks als stabile Demokratie sei davon abhängig, dass sich die Zusammensetzung der Bevölkerung nicht grundlegend verändere, und man wolle jeden Versuch, eine multikulturelle Gesellschaft in Dänemark zu etablieren, bekämpfen.²¹ Noch deutlicher werden die populistischen Ansichten der Partei in der Rhetorik der einzelnen Mitglieder, die Einwanderer stets als Gefahr für die Idylle darstellen, in der die Dänen einst gelebt hätten. Speziell Muslime werden immer wieder als »mittelalterliche Verrückte« präsentiert, die angeblich in Dänemark eine Diktatur errichten wollten. Nach den Terroranschlägen von New York im Jahr 2001 wurde die Parteivorsitzende Pia Kjærsgaard mit den Worten zitiert, der 11. September biete nur vermeintlich einen Anlass für einen Kampf der Zivilisationen, wie ihn der amerikanische Autor und Außenamtsberater Samuel Huntington vorausgesagt hatte: »Ein Kampf zwischen den Zivilisationen würde jedoch voraussetzen, dass man von zwei Zivilisationen sprechen kann, und dies ist nicht der Fall. Es gibt nur eine Zivilisation, und das ist die unsrige.«²²

Im Jahr 2006 sorgte die Bürgermeisterkandidatin der Dänischen Volkspartei in Kopenhagen, Luise Frevert, mit einer Reihe islam- und ausländerfeindlicher Texte auf ihrer Homepage für Aufsehen. In einem der Texte bezeichnete die *Folketing*-Abgeordnete Muslime als »Krebsgeschwüre« und schlug vor, kriminelle Einwanderer in Gefängnisse nach Russland zu schicken. Wegen ihrer Äußerungen erstatteten unter anderem Freverts Gegenkandidaten aus der Sozialdemokratie und der Sozialistischen Volkspartei Anzeige und beschuldigten die Politikerin des Rassismus. Zunächst nahm ein Mitarbeiter Freverts die Verantwortung auf sich. Nachdem bekannt geworden war, dass etliche Aussagen bereits in einem Buch der Politikerin aus dem Jahr 2004 zu finden waren, wurde sie vorübergehend von ihrem Parlamentsmandat beurlaubt. Inzwischen hat Frevert die Dänische Volkspartei verlassen.²³

2015 erschien am Wahltag, dem 18. Juni, in der Zeitung *Politiken* ein Interview mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Peter Skaarup. Die Redakteure legten ihm 24 Forderungen vor, die Mitglieder der Dänischen Volkspartei in den vergangenen 20 Jahren gestellt hatten; er sollte erklären, ob diese nach wie vor der Parteilinie entsprächen. Zehn der Forderungen bewertete Skaarup als überholt, darunter einen Vorschlag von Pia Kjærsgaard aus dem Jahr 2010, wonach Fernsehantennen, die einen Empfang der Senders *Al Jazeera* ermöglichten, von Hausdächern entfernt werden sollten, eine Äußerung des *Folketing*-Abgeordneten Søren Espersen, der 2007 in einem Interview verlangte, nicht mehr zwischen Islam und Islamismus zu

20 Ebd.

21 Vgl. Dansk Folkeparti: Arbejdsprogram unter www.danskfolkeparti.dk/Arbejdsprogram.asp (Zugriff vom 20.07.2015).

22 Zitiert nach Zank 2006.

23 Vgl. Bech Thomsen 2006, S. 23 f.; Klausen 2009, S. 157.

differenzieren, und eine Forderung des früheren Europa-Abgeordneten Mogens Camre, der 2004 nach einem Parteitag mit dem Satz zitiert worden war: »Muslime sollten in Moslemland wohnen«. 14 Forderungen entsprechen laut Skaarup dagegen weiterhin der offiziellen Politik der Dänischen Volkspartei, so etwa die Vorschläge, eine Datenbank mit der DNS aller Asylbewerber anzulegen, die Anzahl muslimischer Einwanderer zu begrenzen und Kindergärten dazu anzuhalten, den Kindern regelmäßig Schweinefleisch zu servieren. Als Begründung für die letztgenannte Idee hatte der Parteivorsitzende Christian Thulesen Dahl im September 2012 in der Zeitung *Berlingske* erklärt, Schweinefleisch sei ein wichtiger Teil der dänischen Kultur; deshalb müssten die Betreuungseinrichtungen an dieser Essensgewohnheit festhalten. Als ebenfalls weiterhin aktuell bewertete Skaarup ein Forderungspapier aus dem Jahr 2007, wonach Einwandererfamilien verpflichtet werden sollten, zu Hause mit ihren Kindern im kindergarten- oder schulpflichtigen Alter Dänisch zu sprechen.²⁴

Die Dänische Volkspartei passt klar in das Muster eines neuen Typs rechtspopulistischer Parteien, zu denen Hans-Georg Betz beispielsweise die Schweizerische Volkspartei (SVP) zählt. Diese hätten die traditionelle rechtsextreme Rhetorik aufgegeben und räumten stattdessen den Interessen der »eigenen Leute« sowie dem Schutz der nationalen Kultur oberste Priorität ein, während sie eine wachsende muslimische Bevölkerung als größte Gefahr für westliche Werte, kulturelle Identität und eigene Lebensweise darstellten.²⁵ Diese Muster finden sich in Programmatik und Rhetorik der Dänischen Volkspartei in Reinform wieder. Konstruiert wird das Bild eines kleinen, unschuldigen Landes, dessen Bevölkerung in glücklicher Gemeinschaft christliche Werte lebt. Diese Gemeinschaft werde bedroht durch »die Einwanderer« und speziell »die Muslime«, also »die Anderen«, die aufgrund ihrer fremdartigen Kultur nicht nach Dänemark passten und den Dänen ihre Lebensweise aufdrängen wollten.²⁶ Einzige Möglichkeit, eine negative Beeinflussung von außen zu verhindern, ist nach Darstellung der Dänischen Volkspartei die Begrenzung der weiteren Einwanderung und die erzwungene vollständige Assimilierung der Zuwanderer, derer man sich nicht mehr entledigen könne – wobei die eigene Partei als einzige politische Kraft wirklich geeignet sei, die Menschen vor den Gefahren durch die Einwanderer zu bewahren.

2. Einwanderungspolitik der anderen Parteien

Die übrigen Parteien – mit Ausnahme der kleinen Linksparteien – reagierten auf das Auftreten der Dänischen Volkspartei größtenteils, indem sie deren Rhetorik zumindest in Ansätzen kopierten. Vor allem die Sozialdemokraten taten sich im Umgang mit den Rechtspopulisten schwer, konkurrierten sie doch als *working-class-party*

24 Vgl. Jensen 2015.

25 Vgl. Betz 2005, S. 27-35.

26 Wie aus einer solchen Exklusionsrhetorik im Extremfall Feindbilder entstehen und kommuniziert werden, hat etwa Bernhard Pörksen untersucht; vgl. Pörksen 2005.

zunehmend mit der Dänischen Volkspartei um Wählerstimmen aus dem *blue-collar*-Sektor.²⁷ In den vergangenen 20 Jahren bestand ein dauerhafter parteiinterner Konflikt über die einwanderungspolitische Linie der Sozialdemokraten. Bereits Anfang der 1990er Jahre stritt die Parteiführung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Poul Nyrup Rasmussen mit einer Reihe sozialdemokratischer Bürgermeister darüber, wie viele Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien Dänemark aufnehmen solle, wo die Kapazitätsgrenzen der Kommunen für deren Unterbringung lägen und was dagegen zu unternehmen sei, dass etwa in Kopenhagen und Aarhus wörtlich als »Ghettos« bezeichnete Stadtteile mit einem besonders hohen Ausländeranteil entstünden.²⁸ In den Jahren 1993 bis 1995 revidierte die Regierung Rasmussen das Ausländergesetz insgesamt zehn Mal und verschärfte unter anderem die Regeln für Familienzusammenführungen und Asylanträge.²⁹ Zum 1. Januar 1999 erhielt Dänemark auf Initiative der Sozialdemokraten erstmals ein Integrationsgesetz, das unter anderem ein Quotensystem zur Verteilung von Asylbewerbern auf Kommunen mit einem möglichst niedrigen Ausländeranteil sowie ein dreijähriges Integrationsprogramm einführte – außerdem erhielten Einwanderer fortan ein gesondertes Integrationsgeld, das zunächst deutlich unter dem Sozialhilfeniveau lag, nach Kritik mehrerer Menschenrechtsorganisationen aber später angepasst wurde.³⁰ Im Jahr 2000 verschärfte mehrere führende Sozialdemokraten ihre Rhetorik zur Einwanderung. In seiner Neujahrsansprache am 1. Januar sprach Ministerpräsident Nyrup Rasmussen über Dänen, die sich in ihrem eigenen Land fremd fühlten, und verlangte, Einwanderer sollten sich den dänischen Werten anpassen. Ähnlich äußerte sich knapp zwei Monate später auch die neu eingesetzte sozialdemokratische Innenministerin Karin Jespersen. Sie löste im August 2000 mit Äußerungen über kriminelle Asylbewerber sowohl in ihrer eigenen Partei wie auch beim Koalitionspartner *Radikale Venstre* Kritik aus; konkret ging es um ein Asylzentrum in Roskilde, dessen Mitarbeiter sich im Sommer über Kriminalität speziell von Asylbewerbern aus der ehemaligen Sowjetunion beklagten. Jespersen sagte einem Gewerkschaftsblatt, sie wolle Möglichkeiten untersuchen, die kriminellen Personen möglichst schnell loszuwerden. In Tageszeitungen und im Fernsehen sprach die Innenministerin davon, die betreffenden Asylbewerber müssten isoliert werden. Dabei wurde sie vielfach mit den Worten zitiert, sie wolle Asylbewerber »auf eine einsame Insel« schicken.³¹

Die andauernde Uneinigkeit innerhalb der Partei stellte für die Sozialdemokraten ein großes Problem im Wahlkampf des folgenden Jahres dar, der kurz nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 begann und in dem die Ausländerpolitik entsprechend eine überragende Rolle spielte. Nach dem Verlust der Regierungsmehrheit im Jahr 2001 durchlebten die

27 Vgl. Givens 2005, S. 139 f.

28 Vgl. Bille 1998, S. 160-163; Jensen 2001, S. 81-89; Vad Jønsson, Petersen 2010, S. 183.

29 Vgl. Østergaard 2007, S. 378 f.

30 Vgl. Vad Jønsson, Petersen 2010, S. 186-191.

31 Vgl. Nielsen 2004, S. 85-95.

Sozialdemokraten eine politische Krise, in deren Folge heftig über die Einwanderungspolitik debattiert wurde. Streit gab es etwa zwischen einem Teil der Partei und der früheren Innenministerin Jespersen, die sich in einem Interview dafür aussprach, die Zuwanderung aus der »Dritten Welt« zu begrenzen, da bereits jetzt ein Kulturkonflikt zwischen Dänen und einem »Großteil der Einwanderer« bestehe, weil letztere Werte verträten, die mit den dänischen nicht zu vereinbaren seien.³² Jespersen trat später aus der Partei aus und wurde 2007 Sozialministerin in der *Venstre*-Regierung von Anders Fogh Rasmussen. Nachdem die Sozialdemokraten 2011 mit ihrer Spitzenkandidatin Helle Thorning Schmidt erneut die Regierungsmehrheit übernommen hatten, setzten sie gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern aus dem linken Parteienspektrum – darunter die sozialliberale *Radikale Venstre* und die Sozialistische Volkspartei – Erleichterungen in der Einwanderungspolitik durch, behielten aber entscheidende Einschränkungen wie die sogenannte 24-Jahres-Regel, auf die im Folgenden einzugehen sein wird, bei. Programmatisch ist die durchaus einwanderungsskeptische Linie der Sozialdemokraten zwar weniger deutlich erkennbar, und im Vergleich zu den Parteien des »blauen Blocks« ist diese auch noch moderat. Insgesamt bleibt aber festzustellen: Eine besonders einwanderungsfreundliche Politik betreiben die dänischen Sozialdemokraten nicht.

Noch deutlich einwanderungskritischer ist die zweite der beiden traditionell großen Parteien – die rechtsliberale *Venstre* – einzuschätzen. Die Partei setzt sich laut ihrer Homepage für eine »feste, faire und vernünftige Ausländer- und Integrationspolitik«³³ ein. Die Partei lehnt Einwanderung nicht grundsätzlich ab, setzt aber stark auf Selektion zwischen erwünschten, gut ausgebildeten Arbeitsmigranten und unerwünschten Asylbewerbern beziehungsweise Einwanderern im Rahmen der Familienzusammenführung. Betont wird die Verpflichtung von Zuwanderern, etwas für die dänische Gesellschaft zu leisten. Integrationspolitisch zielt die Partei tendenziell auf assimilatorische Strategien; ausgegangen werden muss ihr zufolge von der dänischen Kultur, deren Werten und Normen sich die Einwanderer anzupassen haben. Überdeutlich wurde diese Linie bereits in den Regierungsjahren zwischen 2001 und 2011, in denen *Venstre* unter Anders Fogh Rasmussen sowie Lars Løkke Rasmussen gemeinsam mit der Konservativen Volkspartei eine Minderheitsregierung bildete, als deren Stützpartei die Dänische Volkspartei fungierte. Die Koalition trat ihr Amt Ende November mit dem erklärten Ziel an, »den derzeitigen Zustrom von Ausländern, die nach Dänemark kommen, zu begrenzen«.³⁴

Im Laufe des Frühjahrs 2002 verabschiedete der *Folketing* mit den Stimmen von *Venstre*, Konservativer Volkspartei und Dänischer Volkspartei gegen die Stimmen der Oppositionsparteien eine Reihe von Verschärfungen sowohl für Einwanderer wie auch für Flüchtlinge. Im Sommer 2002 trat dann ein neues Ausländergesetz in Kraft, das Asylmöglichkeiten für Personen, die nicht unter die Genfer Flüchtlings-

32 Vgl. Bille 2006, S. 41-48.

33 Siehe *Venstre »Udlændingepolitik«*. www.venstre.dk/politik/venstre-mener/udlaendingepolitik (Zugriff vom 03.08.2015), Übersetzung J.S.

34 Siehe *Regeringsgrundlag 2001: Vækst, velfærd – fornyelse*. www.stm.dk/publikationer/regeringsgrundlag/reggrund_01.htm (Zugriff vom 03.08.2015), Übersetzung J.S.

konvention fallen, einschränkte, die Bedingungen für unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen verschärfte und den Rechtsanspruch auf eine Familienzusammenführung für Zuwanderer und Flüchtlinge abschaffte. Der Nachzug von Ehepartnern wurde auf Personen über 24 Jahre beschränkt, um – so die offizielle Begründung – Zwangsehen zu bekämpfen; diese Änderung wurde im Parlament auch von den Sozialdemokraten unterstützt. Außerdem mussten beide Ehepartner eine zusammengekommen engere Bindung an Dänemark nachweisen als an ein anderes Land. Berücksichtigt wurde dabei unter anderem, wie lange einer oder beide Partner bereits in Dänemark lebten, wie gut beide die dänische Sprache beherrschten und ob sie Familie in einem anderen Land beziehungsweise anderweitig eine Bindung an dieses andere Land hatten, etwa durch längere Aufenthalte.³⁵ Relativ schnell stellte sich heraus, dass auch im Ausland lebende Dänen mit ausländischen Partnern davon betroffen waren. Hatten beide zusammengekommen länger in einem anderen Land gelebt als in Dänemark, konnten sie die geforderte engere Bindung nicht nachweisen und entsprechend nicht zusammen mit ihrer Familie nach Dänemark umziehen. Um dieses Problem zu lösen, wurde Anfang 2004 zusätzlich eine 28-Jahres-Regel eingeführt: Personen, die seit mindestens 28 Jahren die dänische Staatsbürgerschaft besaßen, wurden von der Zugehörigkeitsprüfung befreit. Dadurch wurden Einwanderer faktisch diskriminiert, da die wenigsten von ihnen schon seit 28 Jahren eingebürgert waren. 2004 kritisierte der Kommissar für Menschenrechte des Europarates, Alvaro Gil-Robles, Dänemark deshalb in einem Rapport und erklärte später in einem Zeitungsinterview, das Land verletze insbesondere im Bereich der Familienzusammenführungen Menschenrechte.³⁶

Durch die Einschränkungen reduzierte sich die Zahl der Zuwanderer drastisch: Während im Jahr 2001 noch 10.950 Personen eine Aufenthaltsgenehmigung zur Familienzusammenführung erhalten hatten, waren es 2011 nur noch 2.902.³⁷ Auch die Anzahl der Aufenthaltsgenehmigungen für Flüchtlinge sank deutlich: von 6.223 im Jahr 2001 auf 2.249 in 2011.³⁸ Ihre restriktive Linie in der Einwanderungspolitik behielt die liberal-konservative Regierung in den gesamten zehn Regierungsjahren bei. Allein das Ausländergesetz wurde zwischen 2001 und Anfang 2010 insgesamt 14 Mal und damit im Schnitt jeden achten Monat geändert – eine Praxis, die unter anderem die Partei *Radikale Venstre* und die Dänische Flüchtlingshilfe kritisierten; Einwanderern fehle dadurch die Rechtssicherheit.³⁹ Eingeführt wurden beispielsweise ein Einbürgerungstest, der aus einer Sprachprüfung sowie Fragen zu dänischen Werten, Normen und dänischer Gesetzgebung bestand, sowie Punktesysteme für die Vergabe unbefristeter Aufenthaltsgenehmigungen und Aufenthaltsgenehmigungen zum Zweck der Familienzusammenführung; Punkte wurden vergeben nach

35 Vgl. Rytter 2011, S. 58.

36 Vgl. Zank 2006; Vad Jønsson, Petersen 2010, S. 184 f., 194-197; Østergaard 2007, S. 395 f.

37 Danmarks Statistik 2012.

38 Ebd.

39 Vgl. Rytter 2012.

Kriterien wie Dänischkenntnissen, Ausbildung und Berufserfahrung.⁴⁰ In der ausländischen Presse für Aufsehen sorgte auch die im Oktober 2010 vorgestellte »Ghettostrategie«, mit der die Regierung von Lars Løkke Rasmussen Parallelgesellschaften in Dänemark bekämpfen wollte. Das Augenmerk richtete sich dabei insbesondere auf Wohngebieten, in denen der Anteil von Einwanderern und Nachkommen aus sogenannten nichtwestlichen Ländern – also den Nicht-OECD-Staaten – mehr als 50 Prozent und die Arbeitslosenquote mehr als 40 Prozent betrug. Für die Bewohner von 29 als »Ghettos« deklarierten Bezirken wurde eine Familienzusammenführung – mithilfe des bereits in dem Papier erwähnten und wenig später verabschiedeten Punktesystems – erschwert. Die Kommunen durften neuen Einwanderern aus Drittländern keine Wohnungen mehr in den betroffenen Stadtteilen zuweisen, und für Migrantenkinder mit unzureichenden Dänischkenntnissen sollte eine Kindergartenpflicht eingeführt werden.⁴¹

Ein Teil der Änderungen ist auf die Dänische Volkspartei zurückzuführen, die als Zugeständnis für die Zustimmung zu Haushaltsgesetzen oder Reformen etwa des Renteneintrittsalters stets neue Verschärfungen in der Einwanderungspolitik verlangte. Es bleibt aber festzuhalten, dass die Koalitionspartner aus dem »blauen Block« – neben *Venstre* auch die Konservative Volkspartei – selbst einen zumindest einwanderungskritischen Kurs verfolgen. Die Konservative Volkspartei hebt etwa in ihrem 2012 verabschiedeten Parteiprogramm hervor, es seien die Dänen, die bestimmten, wer das Recht habe, in ihrem Land zu leben und unter welchen Bedingungen. Die kulturelle Integration sei ebenso wichtig wie die ökonomische. Wer Teil der dänischen Gesellschaft sein wolle, müsse notwendigerweise auch über Kenntnisse der dänischen Geschichte, Kultur und Sprache verfügen. Eine kleine, offene Gesellschaft wie Dänemark habe durchaus Bedarf an Ausländern, die einen Beitrag zur Gesellschaft leisten wollten. Das Land sei aber nicht das »Sozialamt der Welt«; wer sich in Dänemark niederlassen wolle, müsse dazu in der Lage sein, sich und seine Familie selbst zu versorgen.⁴²

Die Formulierungen in dem Programm der Konservativen Volkspartei stehen exemplarisch für die Begrifflichkeiten, von denen die Debatte bis heute geprägt ist: »Die Fremden« sollen sich der dänischen Kultur beziehungsweise den dänischen Werten anpassen, einen Beitrag zur Gesellschaft leisten und keinesfalls den Wohlfahrtsstaat ausnutzen. Dabei bleibt häufig vage, was genau die Werte und Kultur ausmacht, die sich die Einwanderer zu eigen machen sollen beziehungsweise denen sich manche von ihnen angeblich verweigern. In seiner Neujahrsansprache im Jahr 2003 erklärte Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen, Dänischsein sei mehr als Frikadellen mit brauner Soße – was im Umkehrschluss, wie der Migrationsforscher Ulf Hedetoft hervorhebt, bedeuten würde, dass das spezifisch Dänische eben auch von Frikadellen mit brauner Soße ausgemacht wird. Verortet werde das Dänischsein, so Hedetoft weiter, in einem Integrationskontext irgendwo zwischen kulturellen Banalitäten wie dem Essen und Menschenrechten: »[...] anything goes – alles

40 Vgl. unter anderem OECD 2011.

41 Vgl. Regeringen 2010; Meissl Årebro 2010; Bomsdorf 2010.

42 Vgl. Konservative Folkeparti 2012.

von brauner Soße über sportliche Erfolge bis hin zu universellen Werten – solange es dazu beitragen kann, das Vertrauen der Bürger in den Nationalstaat und dessen Funktionalität in einer Zeit zu sichern, in der aufgrund von Globalisierung, Migration und europäischer Integration sowohl die staatliche Souveränität als auch die Beziehung zwischen Staat und Volk unter Druck geraten«. ⁴³

Als weiteres Beispiel sei hier eine Parteitagssrede des konservativen Kultusministers Brian Mikkelsen aus dem Jahr 2005 genannt. Er hatte im Jahr zuvor eine Expertenkommission eingesetzt, um einen Kulturkanon mit den wichtigsten Leistungen dänischer Schriftsteller, Filmemacher und Architekten zu erarbeiten. Ziel war es ihm zufolge, ein nationales Bewusstsein für die »danskhed«, also das »Dänischsein« zu schaffen, das für viele Dänen ein zunehmend vages Konzept darstelle. Auf dem Parteitag der Konservativen im September wandte sich Mikkelsen in einer Ansprache gegen Einwanderer aus muslimischen Ländern, die europäische Normen und die dänische Kultur nicht anerkennen wollten. Wörtlich erklärte der Minister: »Mitten in unserem Land – unserem eigenen Land – entwickelt sich zurzeit eine Parallelgesellschaft, in der Minoritäten ihre mittelalterlichen Normen und undemokratischen Gedanken praktizieren. Das können und werden wir nicht ignorieren. Und dort verläuft die neue Front des Kulturkampfes«. ⁴⁴ Mikkelsen wurde für seine Äußerungen vielfach kritisiert, unter anderem von Mitgliedern der Expertenkommission des Kulturkanons, den der Minister als Waffe in dem »Kultur- und Wertekampf« bezeichnet hatte. Wenig später erklärte Mikkelsen, er sei missverstanden worden und der Kanon stehe nicht in Verbindung mit dem Kulturkampf. Als Minister habe er aber durchaus das Recht, sich an der politischen Debatte zu beteiligen, und er sei der Meinung, man müsse einen Wertekampf gegen den Fundamentalismus führen. ⁴⁵

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Einwanderungspolitik in Dänemark gerade in den Jahren 2001 bis 2011 eine überragende Rolle gespielt hat, wobei etwa Medien und Gewerkschaften schon Anfang der 1970er Jahre ungewöhnlich skeptisch auf die ersten Arbeitsmigranten reagierten und sich der Diskurs ab Mitte der 1990er Jahre zuzuspitzen begann. Seitdem ist eine zunehmende Kulturalisierung der Debatte zu beobachten, die im Übrigen deutliche Parallelen zu der in den Niederlanden aufweist. Wie auch dort werden in Dänemark die Probleme der Minderheiten »nicht auf strukturelle Faktoren oder auf die [...] Politik zurückgeführt, sondern auf Charakteristika bestimmter Einwanderungsgruppen und deren Unvereinbarkeit mit der modernen Welt«. ⁴⁶ Diese Linie scheint insbesondere im »blauen« Lager Konsens zu sein – neben der Dänischen Volkspartei vertreten sie ebenso *Venstre* und Konservative Volkspartei in unterschiedlicher Intensität; zu beobachten ist sie aber durchaus auch bei den Sozialdemokraten, die zwar offiziell ihren Respekt für andere Kulturen beteuern, aber gleichzeitig regelmäßig die Notwendigkeit der

43 Hedetoft 2006 b, S. 397, Übersetzung J.S.; vgl. ebd., S. 396 f.

44 Zitiert nach Bech Thomsen 2006, S. 25, Übersetzung J.S.

45 Vgl. unter anderem ebd., S. 24 f.; Svane 2005; Klausen 2009, S. 155 f.

46 Thränhardt 2005, S. 288.

Einhaltung fundamentaler Grundwerte wie Meinungsfreiheit und Geschlechtergleichberechtigung fordern und somit indirekt unterstellen, Einwanderer könnten mit der Demokratie beziehungsweise der Lebensweise der Dänen ein Problem haben. Gleiches gilt auch für die Betonung, mithilfe der 24-Jahres-Regel wolle man Zwangsehen bekämpfen – dadurch wird suggeriert, vermeintlich mit Gewalt erzwungene Hochzeiten seien in weiten Teilen der Einwandererbevölkerung praktisch Normalität. Gegenteilige Auffassungen sind allein bei den kleinen Linksparteien sowie bei der sozialliberalen *Radikale Venstre* zu finden. Speziell seit Ende der 1990er Jahre ist in der dänischen Einwanderungsdebatte vor allem ein Gegner auszumachen: der nicht-säkularisierte Islam. Auffällig ist, dass es nicht allein rechts-populistische Politiker waren, die in eine Rhetorik verfielen, die Dietrich Thränhardt als »postmodern-xenophob«⁴⁷ bezeichnet. Auch Frauenrechtlerinnen und Politiker anderer Parteien sahen die Toleranz in Dänemark durch »rückständige Sitten« und »undemokratische Ansichten« gläubiger Muslime bedroht.

Vor diesem Hintergrund sind auch die teils drastischen Verschärfungen in der dänischen Zuwanderungspolitik zu sehen, mit denen sich die liberale Einwanderungs- und Asylpolitik, die Dänemark noch bis in die 1990er Jahre hinein verfolgte, ins Gegenteil verkehrt hat. Über Parteigrenzen hinweg hat sich seitdem die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich mithilfe restriktiver Politik Wählerstimmen gewinnen lassen. Neben den Rechtspopulisten versuchten auch Politiker des mittleren Spektrums, xenophobe Tendenzen in der Bevölkerung für ihre Zwecke auszunutzen. Die traditionell homogene Einwohnerstruktur und die in Teilen der Bevölkerung latent vorhandene Angst vor Veränderungen durch andersartige Einwanderer haben dazu beigetragen, dass sich radikale Verschärfungen in der Einwanderungs- und Integrationspolitik ohne größere Proteste durchsetzen ließen. Dadurch ist in Dänemark eine fremdenfeindliche Atmosphäre entstanden, in der speziell in den Jahren 2001 bis 2011 insbesondere nichtwestliche Einwanderer generell als Problem perzipiert wurden. Sie wurden auf der einen Seite ausgegrenzt, sollten aber auf der anderen Seite möglichst viel dafür tun, um sich der Mehrheitsbevölkerung anzupassen. Weniger gebildeten Personen wurde es durch verschärfte Zuwanderungsregeln zwischenzeitlich nahezu unmöglich gemacht, eine Aufenthaltsgenehmigung für Dänemark zu erhalten; den bereits dort lebenden Einwanderern und Nachkommen wurden Familiengründungen außerhalb Dänemarks massiv erschwert. Bemerkenswert ist vor allem die Diskriminierung von sogenannten »Neudänen«, also eingebürgerten Personen: Durch die 28-Jahres-Regel zur Umgehung der Zugehörigkeitsprüfung bei Familienzusammenführungen werden die Staatsbürger sozusagen in »echte« und »unechte« Dänen unterteilt. Mit der »Ghettostrategie« und ebenso mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen 2010 wurde eine Symbolpolitik betrieben, die Härte gegenüber kriminellen »Fremden« suggerieren sollte und somit stark polemische Züge trägt. Im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen ist auch der Karikaturenstreit zu sehen, der genau in die Mitte der Regierungszeit der liberal-konservativen Koalition fiel, deren Reaktion auf in- wie ausländische Proteste exemplarisch für eine ablehnende Haltung gegenüber muslimischen Immigranten

47 Ebd., S. 289.

steht – und der anlässlich der Anschläge auf die französische Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* im Januar 2015 sowie eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Meinungsfreiheit und eine Kopenhagener Synagoge im Februar auch bei der jüngsten Parlamentswahl wieder eine Rolle gespielt hat.

3. Der Karikaturenstreit

Am 30. September 2005 veröffentlichte die Zeitung *Jyllands-Posten* zwölf Karikaturen des Propheten Mohammed. Hintergrund war eine Meldung der Nachrichtenagentur *Ritzau*, die etwa zwei Wochen zuvor berichtet hatte, der als Islamkritiker bekannte Schriftsteller Kåre Bluitgen habe keinen Illustrator für ein Buch über das Leben des islamischen Propheten finden können. Drei der von ihm angefragten Zeichner hatten seinen Angaben zufolge aus Angst vor Repressalien abgelehnt. *Jyllands-Posten* wertete dies als Zeichen für eine zunehmende Selbstzensur in Dänemark und bat die insgesamt 42 Mitglieder der dänischen Karikaturistenvereinigung in einem Brief, »Mohammed so zu zeichnen, wie sie ihn sehen«. Angeboten wurde ihnen dafür ein »symbolisches Honorar« von umgerechnet gut 100 Euro.⁴⁸

Die zwölf eingereichten Karikaturen – die bekannteste davon diejenige von Kurt Westergaard, die Mohammed mit einer Bombe im Turban darstellt – wurden gemeinsam mit einem Artikel des Kulturredakteurs Flemming Rose veröffentlicht. Darin nannte dieser neben Bluitgens Schwierigkeiten noch weitere Beispiele für die vermeintliche Selbstzensur in der Gesellschaft und schrieb wörtlich:

»Die moderne, säkularisierte Gesellschaft wird von einigen Muslimen abgelehnt. Sie verlangen eine Sonderbehandlung, indem sie auf einer besonderen Rücksichtnahme auf ihre eigenen religiösen Gefühle bestehen. Das ist unvereinbar mit einer weltlichen Demokratie und der Meinungsfreiheit, in der man damit klarkommen muss, sich Hohn, Spott und Lächerlichmachung auszusetzen.«⁴⁹

Rose argumentierte später, seine Worte seien nicht als Ausgrenzung gedacht gewesen, sondern vielmehr als

»[...] Akt der Einbeziehung. Für mich bedeutet das, Einwanderer so zu behandeln, wie ich jeden anderen Dänen behandeln würde. [...] Diese Bilder gingen in keiner Weise über die Grenzen des Geschmacks, der Satire und des Humors hinaus, die ich jedem anderen Dänen zumuten würde – sei es die Königin, das Oberhaupt der Kirche oder der Ministerpräsident. [...] Es war ein Akt der Einbeziehung, nicht der Ausgrenzung; ein Akt des Respekts und der Anerkennung.«⁵⁰

Tatsächlich erwiesen sich Roses Worte für muslimische Einwanderer als ähnlich provozierend wie die Karikaturen selbst. Seine Argumentation ist zudem insofern zweifelhaft, als er in seinem Artikel sehr deutlich einen Gegensatz aufmacht zwischen »uns« (freiheitlich-demokratischen) Dänen und »den Muslimen«, die eben jene freiheitlichen Werte nicht anerkennen wollten. Beachtet man die Tatsache, dass *Jyllands-Posten* in Dänemark als Sprachrohr des rechtskonservativen politischen

48 Vgl. unter anderem Hansen, Hundevadt 2006, S. 12-15; Bech Thomsen 2006, S. 12-34; Rose 2010, S. 64 ff.

49 Rose 2005, Übersetzung J.S.

50 Rose 2006, S. 137.

Lagers gilt und bereits in früheren Jahren eine auffallend islamkritische Linie verfolgte – so bemerkte etwa Hervik 2011: »In addition to having the most items on Islam, *Jyllands-Posten's* official voice was more critical of Islam than anyone else, often speaking about Islam and Muslims as an enemy«⁵¹ –, bekommt die Veröffentlichung der Karikaturen eine besondere Brisanz.

In den ersten Tagen nach der Veröffentlichung blieb es in Dänemark zunächst einmal relativ ruhig. Nach Recherchen von Per Bech Thomsen traf sich allerdings in Aarhus noch am Tag der Veröffentlichung eine Gruppe von Imamen, die später eine Schlüsselrolle in dem Konflikt spielte, um über Reaktionen auf die Karikaturen zu beraten.⁵² Am 2. Oktober fand zudem eine erste größere Besprechung in den Räumen der Islamischen Glaubensgemeinschaft (*Det Islamiske Trossamfund*) am Dortheavej in Kopenhagen statt, bei dem die teilnehmenden Imame einen Aktionsplan entwickelten und einen Brief an das dänische Kultusministerium entwarfen, in dem sie sich tief empört über die grobe Verletzung durch *Jyllands-Posten* äußerten und einen Dialog über das Verhältnis von Minoritäten und der dänischen Mehrheitsgesellschaft forderten. Das Ministerium beantwortete diesen Brief aufgrund eines angeblichen »Ablagefehlers« erst im Februar 2006 – was nach späteren Aussagen der Beteiligten letztendlich zu der Entscheidung der Imame beitrug, sich an religiöse und politische Institutionen in arabischen Ländern zu wenden. Im Dezember 2005 reisten zwei Delegationen nach Ägypten sowie nach Syrien und in den Libanon, wo sie sich unter anderem mit den Großmuftis der jeweiligen Länder trafen. Mit dabei hatten sie ein 43-seitiges Dossier, das neben der Zeitungsseite mit den Mohammed-Karikaturen noch viel weiteres Material enthielt, darunter einen einleitenden Text, in dem die Lebensverhältnisse muslimischer Einwanderer in Dänemark beschrieben wurden, und drei weitere Bilder, die angeblich zusammen mit einem Schmähbrieff an Muslime in Dänemark geschickt wurden, deren Herkunft aber unklar ist: erstens eine Fotocollage eines betenden Muslims beim Geschlechtsverkehr mit einem Hund, zweitens eine Zeichnung, die Mohammed als pädophilen Teufel mit einem Horn auf der Stirn und zwei Puppen in der Hand darstellte, und drittens das Bild eines bärtigen Mannes mit einer Schweinenase und Schweineohren sowie dem Text »Hier ist das richtige Bild von Mohammed«. Später stellte sich heraus, dass es sich um ein ursprünglich von der Nachrichtenagentur *Associated Press* verbreitetes Foto handelte, auf dem ein Mann zu sehen war, der auf einer Landwirtschaftsmesse in Südfrankreich an einem Schweine-Grunz-Wettbewerb teilnahm.⁵³ Durch die fehlende Abgrenzung wurden die Bilder aber fälschlicherweise *Jyllands-Posten* zugerechnet, ein Missverständnis, das nach Meinung vieler Kommentatoren erheblich zur Eskalation des Konflikts beigetragen hat.⁵⁴

Parallel zu den ersten Treffen der Imame fanden in Kopenhagen auch die ersten diplomatischen Aktivitäten statt, laut Bech Thomsen war es die ägyptische Bot-

51 Hervik 2011, S. 133.

52 Vgl. Bech Thomsen 2006, S. 51.

53 Vgl. unter anderem Hanfeld 2006.

54 Vgl. unter anderem Bech Thomsen 2006, S. 54-61, 96 f.; Klausen 2009, S. 50, 86-92, 102.

schafterin Mona Omar Attia, die die Initiative ergriff und ein Treffen mit den Repräsentanten mehrerer islamischer Staaten organisierte.⁵⁵ Die Botschafter der Türkei, Irans, Ägyptens, Algeriens, Libyens, Saudi-Arabiens, Pakistans, Indonesiens, Bosnien-Herzegowinas, Marokkos und der Vertreter der Palästinensischen Autonomiebehörde schickten kurz darauf einen Brief an Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen, in dem sie ihn um ein Treffen baten und eine »Schmutzkampagne« gegen Muslime in Dänemark beklagten; neben den Karikaturen nannten sie als Beispiele auch die oben erwähnte Kulturkampf-Rede von Kultusminister Brian Mikkelsen und die rassistischen Äußerungen der rechten Bürgermeisterkandidatin Louise Frevert. Wörtlich heißt es weiter:

»We strongly feel that the casting aspersions on Islam as a religion and publishing demeaning caricatures of Holy Prophet Mohammad (PBUH) goes against the spirit of Danish values of tolerance and civil society. [...] We deplore these statements and publications and urge Your Excellency's government to take all those responsible to task under law of the land in the interest of inter-faith harmony, better integration and Denmark's overall relations with Muslim world.«⁵⁶

Rasmussen antwortete zwei Wochen später, ohne auf den Wunsch nach einem Treffen einzugehen. Die Karikaturen erwähnte er nur indirekt: »The Danish society is based on respect for the freedom of expression, on religious tolerance and on equal standards for all religions. The freedom of expression is the very foundation of the Danish democracy. The freedom of expression has a wide scope and the Danish government has no means of influencing the press.«⁵⁷ Mit den gleichen Worten beantwortete Rasmussen auch einen Brief des Generalsekretärs der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), Ekmeleddin Ihsanoglu, der ebenfalls eine Schmähkampagne gegen Muslime beklagte und sich neben den Mohammed-Karikaturen auf die Äußerungen Freverts und Mikkelsens bezog. Klausen weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es in beiden Briefen um weit mehr ging als nur um die Karikaturen. Nur auf letztere sei Rasmussen aber eingegangen, vermutlich auch, weil eine Reaktion auf die Vorwürfe gegen eines seiner Kabinettsmitglieder sowie eine Abgeordnete der Stützpartei seiner Regierung zu Spannungen innerhalb der Koalition hätte führen können.⁵⁸ Hervik sieht in der Begründung für die Ablehnung eines Treffens – nämlich dem vermeintlich von den Botschaftern geforderten Eingriff in die Pressefreiheit – einen politischen »spin«⁵⁹, also eine Abwehr mit vorgeschobenen Argumenten: Das Argument sei in der Debatte von dänischen Politikern und Medien regelmäßig wiederholt worden, obwohl die Botschafter später beteuert hätten, dass sie keinerlei rechtliche Schritte von der Rasmussen-Regierung erwartet hätten.

Seine ablehnende Haltung zu den muslimischen Reaktionen behielt Fogh Rasmussen auch bei, als Ägypten neben den Vereinten Nationen, der EU und der OSZE

55 Vgl. Bech Thomsen 2006, S. 50.

56 Zitiert nach ebd., S. 67 f.

57 Zitiert nach Engelbreth Larsen, Seidenfaden 2006, S. 329.

58 Vgl. Klausen 2009, S. 65 f.

59 Hervik 2011, S. 190.

die Arabische Liga informierte, sich immer mehr ausländische Regierungen über die Karikaturen beschwerten und sich die Situation international zunehmend zuzuspitzen begann. In der gesamten Debatte betonte Rasmussen immer wieder, er könne und wolle nicht in die Freiheit der Presse eingreifen, wie die Botschafter dies gefordert hätten. Ende Oktober erklärte der Ministerpräsident etwa in einem Interview mit *Jyllands-Posten*, aufgeklärte und freie Gesellschaften wie die dänische seien gerade deshalb erfolgreicher als unaufgeklärte und unfreie, weil manche Menschen sich trauten, zu provozieren und politische wie religiöse Autoritäten zu kritisieren. Er werde niemals akzeptieren, dass der Respekt für die religiösen Gefühle von Menschen die Möglichkeiten der Presse für Kritik, Humor und Satire einschränke. Ende 2005 machte Rasmussen die Religions- und Pressefreiheit in Dänemark zum zentralen Thema seiner Neujahrsansprache, die ins Englische und ins Arabische übersetzt und über die dänischen Botschaften an die Regierungen arabischer Länder, die OIC, die Arabische Liga und weitere internationale Organisationen verschickt wurde. In seiner Rede ging der Ministerpräsident zwar nicht direkt auf die Karikaturen oder *Jyllands-Posten* ein, verwies aber auf die »heftige Debatte über die Meinungsfreiheit und ihre Grenzen« im vergangenen Jahr, von der einige der Ansicht seien, sie sei in einem zu groben Ton geführt worden. Weiter hieß es: »Wir haben in Dänemark die gute Tradition einer weitreichenden Pressefreiheit. Wir können frei sprechen und uns unsere Meinung direkt sagen. Aber das sollte in gegenseitigem Respekt und Verständnis geschehen. Und in einem ordentlichen Ton«. ⁶⁰

Seine Haltung, nicht direkt zu den Karikaturen Stellung zu nehmen, änderte Fogh Rasmussen erst Ende Januar 2006, als mehrere arabische Länder einen Handelsboykott gegen Dänemark verhängten und im Gazastreifen sowie im Westjordanland die ersten dänischen Fahnen brannten. Am 30. Januar wandte er sich in den 19-Uhr-Nachrichten des Fernsehsenders TV2 an die dänische Bevölkerung. Er betonte, die dänische Regierung könne sich nicht im Namen einer dänischen Zeitung entschuldigen, distanzierte sich aber gleichzeitig von den Mohammed-Zeichnungen, indem er erklärte, er habe einen so großen Respekt vor den religiösen Überzeugungen von Menschen, dass er persönlich nie Mohammed, Jesus oder andere religiöse Persönlichkeiten auf eine Art und Weise darstellen würde, die andere Menschen kränke. Seine versöhnlichen Worte wiederholte er am 2. Februar in einem Interview mit dem Fernsehsender *Al-Arabiya* und verwies zudem auf eine Entschuldigung, die *Jyllands-Posten* kurz zuvor auf ihrer Homepage veröffentlicht hatte. ⁶¹

Vor allem die Oppositionsparteien in Dänemark, linke Intellektuelle und die Zeitung *Politiken* gaben Fogh Rasmussen die Hauptschuld an der internationalen Eskalation des Karikaturenstreits und kritisierten insbesondere, dass kein Treffen mit den islamischen Botschaftern stattfand; Rasmussen habe den Brief der Diplo-

60 Zitiert nach Bech Thomsen 2006, S. 119, Übersetzung J.S. Vgl. ebd., S. 119 f.; Engelbreth Larsen, Seidenfaden 2006, S. 76 f.; Hervik 2011, S. 191 f.

61 Vgl. unter anderem Engelbreth Larsen, Seidenfaden 2006, S. 89-101; Bech Thomsen 2006, S. 137-143, 153 ff.

maten einfach nicht ernst genug genommen.⁶² Allein für die Eskalation verantwortlich gemacht werden kann der Ministerpräsident nicht – dabei spielte neben dem Dossier der Imame und den diplomatischen Bemühungen der Botschafter auch noch eine Reihe weiterer Faktoren eine Rolle, etwa die Reaktion von *Jyllands-Posten* auf die Kritik der Muslime und der Nachdruck der Karikaturen in zahlreichen europäischen Zeitungen. Doch auch wenn es durchaus zu verstehen ist, dass Rasmussen sich nicht von ausländischen Regierungen vorschreiben lassen wollte, die Aktion einer Zeitung zu kommentieren, ist doch festzustellen, dass er auf die Kritik aus dem Ausland reagierte, wie er es vermutlich auch getan hätte, wenn die Reaktionen auf die Karikaturen allein von Muslimen in Dänemark gekommen wären: mit Unverständnis und Ablehnung gegenüber einer muslimischen Bevölkerung mit vermeintlich fehlendem Integrationswillen, wie aus einigen der oben genannten Zitate deutlich wird. Insofern fügt sich seine Haltung ins Bild der restriktiven Einwanderungspolitik seiner Regierung beziehungsweise der scharf geführten Einwanderungsdebatte in den Jahren zuvor und verdeutlicht seinen mangelnden Willen zum Dialog mit Minderheiten in Dänemark. Die dänischen Freiheitsrechte und insbesondere die Pressefreiheit, so suggerierte der Ministerpräsident, seien Errungenschaften, die eben nicht alle Einwanderer verstehen könnten – und wer sich ihnen nicht anpasse, sei in Dänemark schlicht nicht erwünscht.

4. Fazit

Welche Schlüsse lassen sich nun aus dem Streit über die Mohammed-Karikaturen und der Einwanderungsdebatte für das aktuelle Wahlergebnis ziehen? Zunächst einmal ist festzuhalten, dass sich die Proteste der dänischen Imam-Koalition, der Botschafter islamischer Länder und islamischer Organisationen 2005 mitnichten nur am Tabubruch der bildlichen Darstellung des Propheten Mohammed entzündeten. Sie beklagten vielmehr ein generell fremdenfeindliches Klima in Dänemark, eine zunehmende Islamophobie und die Tatsache, dass nicht mit muslimischen Einwanderern, sondern nur über sie geredet wurde. Tatsächlich zeigen das ja die analysierten Beispiele rhetorischer Ausfälle und konkreter politischer Maßnahmen zur Einschränkung der Zuwanderung, die sich noch beliebig erweitern ließen. Nachdem Dänemark lange Zeit eine liberale Einwanderungspolitik verfolgt hatte, schottete sich das Land seit dem Ende der 1990er Jahre immer mehr ab. Mit einer restriktiven Politik der »harten Hand«, so zeigte es sich spätestens bei der Wahl 2001, ließen sich in großer Zahl Wähler mobilisieren. Viele Dänen fürchteten sich vor Parallelgesellschaften, vor der andersartigen Kultur nichtwestlicher Einwanderer und davor, sich irgendwann im eigenen Land fremd zu fühlen. Diese Angst nutzten zahlreiche Politiker aus, um sich als Retter der dänischen Kultur zu profilieren. Das gilt ausdrücklich nicht nur für Vertreter der Rechtspopulisten, sondern auch für Politiker der bürgerlichen Parteien und teilweise der Sozialdemokraten, ganz ver-

62 Vgl. unter anderem Bech Thomsen 2006, S. 144, 149, 196 f.; Engelbreth Larsen, Seidenfaden 2006, S. 90-94.

einzelnt sogar für Mitglieder der kleinen Linksparteien. Das Ergebnis ist eine Symbolpolitik, durch die sich gerade nichtwestliche Einwanderer notwendigerweise ausgeschlossen und stigmatisiert fühlen mussten. Es wurde suggeriert, das »Boot« sei »voll«, man dürfe auf keinen Fall weitere unerwünschte Migranten ins Land lassen, bevor nicht die Integrationsprobleme der bereits anwesenden Einwanderer gelöst seien. Familiengründungen außerhalb Dänemarks wurden Immigranten nahezu unmöglich gemacht und selbst eingebürgerte Ausländer im Zuge der Familienzusammenführungsregeln diskriminiert: Sie konnten zwar die dänische Staatsbürgerschaft erwerben, »echte« Dänen, so wurde durch die Gesetzgebung deutlich gemacht, wurden sie dadurch aber noch lange nicht.

Menschen mit Migrationshintergrund bleiben in Dänemark also sowohl rechtlich als auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung letztlich immer die »Fremden«, auch dann, wenn sie sich gesetzeskonform verhalten, einer Arbeit nachgehen und Steuern zahlen. Entscheidender noch als die konkrete Einwanderungs- und Integrationspolitik war dabei der sich immer weiter zuspitzende Diskurs über Zuwanderer speziell muslimischen Glaubens, die sich angesichts immer wiederkehrender Diskussionen über Probleme mit »Einwandererghettos«, »mittelalterlichen« Sitten und Wertvorstellungen und den vermeintlichen Integrationsunwillen als problematische »Andere« diskreditiert fühlen mussten. Muslimen wurde es damit in Dänemark sehr schwer gemacht, von der dänischen Mehrheitsgesellschaft anerkannt zu werden. Das wird im Karikaturenstreit überdeutlich: Aus der vermeintlichen Ablehnung dreier Zeichner, den Propheten Mohammed zu zeichnen, schloss die *Jyllands-Posten*-Redaktion, in Dänemark herrsche ein Klima der Selbstzensur, das bedingt sei durch die Anwesenheit radikaler Muslime, die mit dänischen Freiheitsrechten nichts anfangen konnten, sich weigerten, diese zu akzeptieren, und es damit ablehnten, sich zu integrieren – sprich: sich der dänischen Lebensweise anzupassen. Auf religiöse Gefühle, so die Botschaft der Zeitung, könne in diesem Land aber keine Rücksicht genommen werden, da strenge Religiosität im Allgemeinen und der Islam im Besonderen ohnehin unmodern, »mittelalterlich« und damit unerwünscht seien.⁶³

Diese Haltung hat sich so fest ins Bewusstsein vieler Dänen eingepägt, dass das ausgesprochen gute Abschneiden der Rechtspopulisten bei der Parlamentswahl 2015 kaum noch zu verwundern vermag. Nach einer vierjährigen Pause, in denen der »rote Block« regierte, die Zuwanderung wieder etwas erleichtert wurde und die Dänen der ewigen Einwanderungsdebatte überdrüssig schienen, haben die Anschläge von Paris und Kopenhagen wie auch der Streit um die Verteilung von Flüchtlingen in Europa dafür gesorgt, das Thema wieder ganz nach oben auf die politische Agenda zu heben. Dieses Mal, so scheint es, entschieden sich viele Dänen, mit der Dänischen Volkspartei das »Original« zu wählen anstatt die Parteien, die deren harsche Äußerungen über Einwanderer kopierten. Den Rechtspopulisten mag dabei auch zugute gekommen sein, dass sie noch nie Regierungsverantwortung

63 Hedetoft sieht darin eine dänische Eigenart: »In this way, the cartoons stand firmly in the tradition of a peculiar Danish migration discourse, which singles out the threatening ›other‹ as an object of public lampooning while reassuring everyone that satire is an integral part of Danish culture and is nothing out of the ordinary«; Hedetoft 2006 a, S. 9.

übernommen haben und sich entsprechend kaum politisch beweisen mussten. Anhand des dänischen Beispiels lässt sich illustrieren, wohin die ständige Überhöhung der Integrationsprobleme von (muslimischen) Einwanderern und die Eskalationsrhetorik etablierter Parteien führen: nämlich zu einer Stärkung rechter Kräfte und damit letztlich zu einer Spaltung der Gesellschaft, die eine Integration nur noch erschwert – ein Trend, der außer in Dänemark auch in vielen anderen europäischen Ländern zu beobachten ist.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1975. »Schuld und Abwehr. Eine qualitative Analyse zum Gruppenexperiment«, in *Theodor W. Adorno: Gesammelte Schriften*, Band 9/2, hrsg. v. Buck-Morss, Susan; Tiedemann, Rolf, S. 121-324. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Anderson, Benedict 1996. *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. 2., erweiterte Auflage. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Bech Thomsen, Per 2006. *Muhammedkrisen. Hvad skete der, hvad har vi lært?* Kopenhagen: Peoples Press.
- Betz, Hans Georg 2005. »Against the system. Radical right-wing populism's challenge to liberal democracy«, in *Movements of exclusion: radical right-wing populism in the Western World*, hrsg. v. Rydgren, Jens, S. 25-40. New York: Nova Science Pub Inc.
- Bigalke, Silke 2015. »Bleibt bloß weg! Flüchtlinge sollen sich überall um Asyl bewerben, nur nicht in Dänemark«, in *Süddeutsche Zeitung* vom 28. Juli 2015.
- Bille, Lars 1998. *Dansk partipolitik 1987-1998*. Kopenhagen: Jurist- og Økonomforbundet.
- Bille, Lars 2006. *Det nye flertal. Dansk partipolitik 2001-2005*. Kopenhagen: Jurist- og Økonomforbundet.
- Bomsdorf, Clemens 2010. »Dänemark will Integration erzwingen. Regierung präsentiert ›Ghettostrategie‹«, in *Financial Times Deutschland* vom 27. Oktober 2010.
- Bugge, Knud Eyvind; Jørgensen, Theodor; Lundgreen-Nielsen, Flemming. Hrsg. 2010. *N.F.S. Grundtvig: Skrifter in Auswahl*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Danmarks Statistik 2012. *Årlige opholdstilladelser efter opholdstilladelse og tid*. www.statistikbanken.dk/statbank5a/default.asp?w=1280 (Zugriff vom 22.11.2012).
- Danmarks Statistik 2015. *Valgresultat valg 2015*. www.valg-2015.dk/valgresultat-valg-2015/ (Zugriff vom 04.08.2015).
- Dingeldey, Irene 2011. *Der aktivierende Wohlfahrtsstaat. Governance der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Engelbreth Larsen, Rune; Seidenfaden, Tøger 2006. *Karikaturkrisen. En undersøgelse af baggrund og ansvar*. Kopenhagen: Gyldendal.
- Esping-Andersen, Gøsta 1990. *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Frankenberger, Klaus Dieter 2015. »Es ist die Einwanderung«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. Juni 2015.
- Givens, Terry E. 2005. *Voting radical right in Western Europe*. Cambridge et al.: Cambridge University Press.
- Hanfeld, Michael 2006. »Zum Quieken. Die Herkunft des angeblichen Mohammed-Bildes«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Februar 2006.
- Hansen, John; Hundevadt, Kim 2006. *Provoen og Profeten. Muhammedkrisen bag kulisserne*. Kopenhagen: Jyllands-Postens Forlag.
- Hedetoft, Ulf 2006 a. *Denmark: integrating immigrants into a homogeneous welfare state*. <http://migrationinformation.org/feature/print.cfm?ID=485> (Zugriff vom 22.10.2012).
- Hedetoft, Ulf 2006 b. »Divergens eller konvergens? Perspektiver i den dansk-svenske sammenstilling«, in *Bortom stereotyperna? Invandrare och integration i Danmark och Sverige*, hrsg. v. Hedetoft, Ulf; Petersson, Bo; Sturfelt, Lina, S. 391-407. Göteborg, Stockholm: Makadam.
- Hervik, Peter 2011. *The annoying difference. The emergence of Danish neoneationalism, neoracism, and populism in the post 1989-world*. New York, Oxford: Berghahn Books.

- Jacobsen, Brian Arly 2012. »Muslims in Denmark. A critical evaluation of estimations«, in *Islam in Denmark. The challenge of diversity*, hrsg. v. Nielsen, Jørgen, S. 31-56. Lanham et al.: Lexington Books.
- Jensen, Bent 2001. *Foreigners in the Danish newspaper debate from the 1870s to the 1990s*. Kopenhagen: The Rockwool Foundation Research Unit.
- Jensen, Kristian 2015. »24 kontroversielle forslag fra Dansk Folkeparti«, in *Politiken online* vom 18. Juni 2015. <http://politiken.dk/indland/politik/ECE2721051/24-kontroversielle-forslag-fra-dansk-folkeparti/> (Zugriff vom 20.07.2015).
- Klausen, Jytte 2009. *The cartoons that shook the world*. New Haven, London: Yale University Press.
- Konservative Folkeparti 2012. *Det Konservative Folkepartis partiprogram: Giv ansvaret tilbage til borgerne*. www.konservative.dk/~media/Files/PDF/Giv%20ansvaret%20tilbage%20til%20borgerne%20-%20Det%20Konservative%20Folkepartis%20partiprogram%2030092012.pdf (Zugriff vom 09.04.2013).
- Lundgreen-Nielsen, Flemming 1992. »Grundtvig og danskhed«, in *Dansk identitetshistorie. Band 3: Folkets Danmark 1848-1940*, hrsg. v. Feldbæk, Ole, S. 9-187. Kopenhagen: C.A. Reitzels Forlag.
- Meissl Årebro, Ingrid 2010. »Dänemark verschärft seine Ausländerpolitik«, in *Neue Zürcher Zeitung* vom 28. Oktober 2010.
- Nielsen, Hans Jørgen 2004. *Er danskerne fremmedfjenske? Udlandets syn på debatten om indvandrere 2000-2002*. Aarhus: Universitetsforlag.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) 2011. *International Migration Outlook. Annual report*. www.oecd.org/migration/internationalmigrationoutlook2011.htm (Zugriff vom 03.08.2015).
- Østergaard, Bent 2007. *Indvandrere i Danmarks historie. Kultur- og religionsmøder*. Odense: Syddansk Universitetsforlag.
- Østergaard, Uffe 1991. »Peasants and Danes: The Danish national identity and political culture«, in *Comparative Studies in Society and History* 34, S. 3-27.
- Østergaard, Uffe 2000. »Danish national identity: between multinational heritage and small state nationalism«, in *Denmark's policy towards Europe after 1945: history, theory and options*, hrsg. v. Branner, Hans; Kelstrup, Morten, S. 139-184. Odense: Universitetsforlag.
- Pörksen, Bernhard 2005. *Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch in neonazistischen Medien*. 2., erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Regeringen 2010. *Ghettoen tilbage til samfundet. Et opgør med parallelsamfund i Danmark*. www.stm.dk/publikationer/Ghettostrategi_10/index.htm (Zugriff vom 03.08.2015).
- Reimann, Anna 2015. »Fakten zu Asylbewerbern: Wohin Flüchtlinge wollen – und wer sie nimmt«, in *Spiegel online* vom 28. April 2015. www.spiegel.de/politik/ausland/europa-wie-sich-die-fluechtlinge-verteilen-a-1030879.html (Zugriff vom 04.08.2015).
- Rothstein, Robert L. 1968. *Alliances and small powers*. New York, London: Columbia University Press.
- Rose, Flemming 2005. »Muhammets ansigt«, in *Jyllands-Posten* vom 30. September 2005.
- Rose, Flemming 2006. »Die Stunde der Wahrheit. Radikale Imame haben den Jargon der europäischen Linken übernommen und bezeichnen sich als Opfer der Ausbeutung«, in *Der Spiegel* 22, S. 136 f.
- Rose, Flemming 2010. *Tavshedens tyranni*. Kopenhagen: Jyllands-Postens Forlag.
- Rytter, Mikkel 2011. »The family of Denmark and the aliens: kinship images in Danish integration politics«, in *The question of integration: immigration, exclusion and the Danish welfare state*, hrsg. v. Fog Olwig, Karen; Pærregaard, Karsten, S. 54-76. Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing.
- Rytter, Niels 2012. »Udlændingeloven ændres hver ottende måned«, in *Politiken online* vom 29. März 2012. <http://politiken.dk/politik/ECE935321/udlaendingeloven-aendres-hver-ottende-maaned/> (Zugriff vom 03.08.2015).
- Schubert, Thomas 2011. »Extremismus in Dänemark«, in *Extremismus in den EU-Staaten*, hrsg. v. Jesse, Eckhard; Thieme, Tom, S. 65-81. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sinram, Jana 2015. *Pressefreiheit oder Fremdenfeindlichkeit? Der Streit um die Mohammed-Karikaturen und die dänische Einwanderungspolitik*. Frankfurt a. M., New York: Campus.

- Skærbæk, Morten; Buhl Kristensen, Frederik 2015. »Regeringen klar med asylaftale«, in *Politiken online* vom 1. Juli 2015. <http://politiken.dk/indland/politik/ECE2740727/regeringen-klar-med-asylaftale/> (Zugriff vom 20.07.2015).
- Svane, Anne Mette 2005. »Kulturministeren føler sig misførstået i kanon-opgør«, in *Jyllands-Posten* vom 29. September 2005.
- Thränhardt, Dietrich 2005. »Integration und Desintegration von Einwanderern in den Niederlanden«, in *Jahrbuch für Pädagogik: Religion – Staat – Bildung*, S. 279-294. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Trads, David 2002. *Danskerne først! En historie om Dansk Folkeparti*. Kopenhagen: Gyldendal.
- Udenrigsministeriet 2006. *Integration in Denmark. Factsheet*. www.netpublikationer.dk/um/6320/html/chapter01.htm (Zugriff vom 03.08.2015).
- Udlændinge-, Integrations- og Boligministeriet 2015. *The Danish immigration authorities are informing about the changes of conditions regarding residence in Denmark being implemented by the new Danish government*. www.uibm.dk/images/Nyhedsfiler/Ad-in-foreign-media.pdf (Zugriff vom 10.10.2015).
- Vad Jønsson, Heidi; Petersen, Klaus 2010. »Danmark: Den nationale velfærdsstat møder verden«, in *Velferdens grenser. Innvandringspolitikk og velfærdsstat i Skandinavia 1945-2010*, hrsg. v. Brochmann, Grete; Hagelund, Anniken, S. 133-209. Oslo: Universitetsforlag.
- Zank, Wolfgang 2006. »In der Festung Dänemark«, in *Die Zeit* Nr. 11.

Zusammenfassung: Rechtsruck in Dänemark? Der Aufsatz analysiert den Erfolg der Rechtspopulisten bei der Parlamentswahl am 18. Juni 2015 vor dem Hintergrund der früheren Einwanderungsdebatte und des Karikaturenstreits. Es wird aufgezeigt, wie sehr die dänische Politik seit Jahren von der Dichotomie eines »Wir« gegen »Die« geprägt ist und warum das aktuelle Wahlergebnis die logische Konsequenz dieses politischen Trends ist.

Stichworte: Migrationsforschung, Dänemark, Rechtspopulismus, Mohammed-Karikaturen, Xenophobie

Denmark and »the foreigners«. The *Folketing* election 2015 in the context of the Danish immigration debate and the Mohammed cartoons controversy

Summary: A shift to the right in Denmark? The essay analyzes the election success of the right-wing populist party in this year's parliamentary election in the light of the immigration debate and the Mohammed cartoons controversy. It illustrates that Danish policy has been dominated by an »us against them« dichotomy for quite some years and that the election result is a logical consequence of this political trend.

Keywords: migration research, Denmark, right-wing populism, Mohammed-cartoons, xenophobia

Autorin

Dr. Jana Sinram
Deutschlandfunk
Zentrale Nachrichten
Raderberggürtel 40
50968 Köln
Jana.Sinram.fm@deutschlandradio.de